

2 Das historische Dokument

Von den Grünen im Europäischen Haus zur Europäischen Föderation Grüner Parteien

Die Präambeln zu den Wahlplattformen der europäischen Grünen 1989 und 1994

1.

LES VERTS EUROPEENS – DIE GRÜNEN IN EUROPA – THE EUROPEAN GREENS – I VERDI EUROPEI – DE EUROPESE GROENEN – EUROOPAN VIHREAT-DE GRÖNA – DE GRONNE I EUROPA – OS VERDES EUROPEUS

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER GRÜNEN IN EUROPA ZU DEN WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 1989¹

PRÄAMBEL

Wir, die Grünen in Europa, streben ein neues Konzept für das Europa der Zukunft an: ein Europa mit autonomen Regionen und ohne Grenzen. Unser Europa wäre dezentralisiert und hätte eine demokratische Gesellschaftsordnung im Einklang mit ökologischen Grundsätzen – zum Beispiel autonome Regionen, lokale Produktion für den lokalen Bedarf unter Anwendung energiesparender und umweltfreundlicher Produktionsverfahren. Wir bemühen uns um internationale Zusammenarbeit auf breiter Basis, wo immer dies notwendig ist, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen und möchten den gegenseitigen kulturellen Austausch so weit wie möglich fördern.

Die grünen Parteien setzen sich ein für ein Europa der Regionen ohne Militärbündnisse, für eine ökologische, soziale und demokratische Entwicklung und für ein europäisches Haus, das nur in gemeinsamer Anstrengung aller Völker Europas verwirklicht werden kann. Dieses Ziel ist weder in einem Europa, das in Blöcke aufgeteilt ist, noch in einer Supermacht Westeuropa noch mit dem bestehenden wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle zu erreichen.

¹ Quelle: Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.IV.2 – Die Grünen im Europäischen Parlament, Sign. 40.

Die Grünen in Europa befürchten, daß der einheitliche Binnenmarkt nicht ökologisch sein wird. Der Grundgedanke des «Projekts 1992» besteht darin, eine neue wirtschaftliche und militärische Supermacht in Westeuropa zu schaffen. Sein Hauptziel einer Konsumexpansion ist ganz und gar unhaltbar und eigentlich schon zum Scheitern verurteilt. Die Bürger und die Umwelt in Europa werden dafür einen hohen Preis zahlen müssen.

30 Jahre lang hat die Europäische Gemeinschaft den Begriff des «Europa der Wirtschaft» als einzig mögliches Konzept für Europa angesehen. Wir kandidieren für das Europäische Parlament, weil wir eine andere Vorstellung von Europa haben.

Grundlage für die Zusammenarbeit in Europa sollte vor allem die Vorstellung von Europa als einer Biosphäre sein. Bereits vorhandene Institutionen wie die KSZE oder der Europarat könnten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines neuen Zusammenlebens aller Länder Europas spielen.

Die neutralen und die blockfreien Staaten könnten zusammen mit den Mitgliedstaaten der EFTA eine neue Dynamik in das Gleichgewicht der Kräfte im heutigen geteilten Europa bringen. Wir haben Verständnis für den Widerstand in der EG wie in Dänemark, und wir lehnen eine einseitige Anpassung an die EG, wie sie von Drittländern wie Österreich, Schweden, Finnland und der Schweiz angestrebt wird, ab. Wir unterstützen die Grünen Parteien in diesen Ländern in ihrer Opposition gegen den Beitritt zur EG. Ferner kann sich die europäische Zusammenarbeit angesichts des gegenwärtigen Klimas der Perestroika nicht auf Westeuropa und die Nato-Mitgliedstaaten beschränken; vielmehr müssen wir die Gelegenheit nutzen, um den Dialog mit anderen Ländern wie Ungarn, Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und den ehemaligen baltischen Staaten aufzunehmen.

Obwohl wir für das Europäische Parlament kandidieren, sind wir uns des zutiefst undemokratischen Charakters der EG-Institutionen sehr wohl bewußt. Natürlich werden wir unsere «grüne» Vorstellung von Europa nutzen, um die Demokratisierung aller Institutionen voranzutreiben. Zunächst werden wir jedoch ungehinderten Zugang zu allen Informations- und Entscheidungsprozessen der Kommission und des Ministerrats fordern. Unser Leitprinzip ist jedoch, daß kein Entscheidungsgremium auf einer höheren Ebene als absolut notwendig existieren sollte.

Brüssel, Belgien, 13. März 1989

Ko-Sekretäre der Grünen in Europa:

Bruno Boissière
Frankreich

Leo Cox
Belgien

Per Gahrton
Schweden

Sara Parkin
Vereinigtes Königreich

DIE GRÜNEN PARTEIEN IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

WAHLPLATTFORM 1994²

- AGALEV
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- COMHAONTAS GLAS
- DEI GRENG ALTERNATIVE
- DE GROENEN
- DE GRONNE
- ECOLO
- FEDERAZIONE DEI VERDI
- GLEI
- GROEN LINKS
- LES VERTS
- LOS VERDES
- OS VERDES
- POLITIKI OIKOLOGIA
- UK GREEN PARTY

und DIE FRAKTION DIE GRÜNEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

PRÄAMBEL

In den vergangenen fünf Jahren hat der europäische Kontinent tiefgreifende Umwälzungen erlebt. Seit den letzten Europawahlen ist der Eiserne Vorhang gefallen. Die europäischen Völker sehen sich Entscheidungen von historischer Tragweite gegenüber. Neue Möglichkeiten wie auch neue Gefahren stehen uns bevor.

- Neue Möglichkeiten für einen Zusammenschluß dieses Kontinents, dessen kulturelle, historische und sprachliche Wurzeln Jahrhunderte zurückreichen.
- Neue Möglichkeiten auch, nach Jahrzehnten tödlicher Feindschaft ein Gefühl für wirkliche gemeinsame Sicherheit zu entwickeln.

Es ist an der Zeit, sich daran zu erinnern, daß die ursprüngliche Absicht der Gründerväter der Europäischen Union war, die Staaten, die den Kontinent zweimal an den Rand der Vernichtung gebracht hatten, durch gemeinsame Interessen aneinanderzubinden. In der Welt nach dem Kalten Krieg hat diese Absicht neue Bedeutung gewonnen.

² Quelle: Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand A - Frieder Otto Wolf, Sign. 219.

Jedoch bedrohen uns auch neue Gefahren. Der Zusammenbruch der alten Systeme brachte Ungewißheit mit sich, lang unterdrückte Gefühle wurden sichtbar. An den Bruchlinien der Gesellschaft, seien sie nun wirtschaftlicher oder ethnischer Natur, kommen destruktive Kräfte hoch. Diese Kräfte ziehen die Menschen mit ihren populistischen und autoritären Parolen in ihren Bann. Entstanden aus einem Gefühl der Angst und Unsicherheit, sind diese Kräfte in der Lage, Europa zu verwüsten, wenn wir ihnen nicht Einhalt gebieten.

Auf dem Balkan und im Kaukasus erleben wir heute die blutigsten Auseinandersetzungen seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Zerstritten und führungslos schaut die EU hilflos zu, während ethnische Kriege in Bosnien wüten. Noch vor gar nicht langer Zeit, als der irakische Überfall auf Kuwait die eilfertig verkündete Neue Weltordnung störte, schlossen sich die Staaten der EU der alliierten Koalition an, die einen blutigen Krieg wollte. Dieser Krieg hätte durch konsequenten politischen und wirtschaftlichen Druck vermieden werden können, wenn in früheren Jahren lukrative Waffenlieferungen an den Irak unterbunden worden wären.

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben jetzt die Chance, ein vereintes, demokratisches und gefestigtes Europa zu schaffen. Trotzdem sind sie bis heute nicht imstande, mehr als nur ihre eigenen Interessen zu sehen. Ihre einzige Sorge gilt dem Export ihres brüchigen Wirtschaftsmodells, dessen offensichtliches Versagen durch wachsende Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und wachsende soziale Krisen belegt wird. Die Experimente Binnenmarkt und Maastrichter Vertrag setzen auf wirtschaftliche Integration um jeden Preis. Gestützt auf die Illusion eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums und ohne Berücksichtigung sozialer und demokratischer Aspekte sehen wir, wozu soziale Ausgrenzung führt: Armut und Marginalisierung inmitten von Überfluß. Die Vertreter des Konzepts einer wirtschaftlichen Integration sind nun gezwungen, das Versagen des Europäischen Währungssystems (EWS) plus 18 Millionen Arbeitslose einzugestehen.

Historische Wende wie auch Wirtschaftskrise verlangen eine Neudefinition der Werte, Parameter und Ziele. Stattdessen lautet die Antwort nur, mehr Wettbewerb, mehr Produktion und Konsum, das Ganze im Namen von mehr Wirtschaftswachstum. Dabei werden diese Konzepte als ein unverrückbares Dogma dargestellt, über das weder diskutiert noch verhandelt werden kann. Dies ist jedoch genau der Ansatz, der klar und deutlich als Ursache für die derzeitige Krise benannt werden kann.

Die so feierlich im Juni 1992 in Rio unterzeichneten Abkommen zur Bekämpfung der globalen Umweltkrise und zur Förderung einer nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung blieben ein Blatt Papier. Das weltweite Ungleichgewicht hat sich seitdem noch vergrößert. Die Grünen können die Tatsache, daß die EU diese Abkommen in ihren Aktionsprogrammen auf eklatante Weise mißachtet, nicht akzeptieren.

Im Bewußtsein der überproportionalen Verantwortung, die der EU bei der weltweiten Umweltkrise zukommt – übermäßiger Ressourcenverbrauch, Entstehung von Umweltverschmutzung und Abfall – verpflichten sich die Grünen, für die Umsetzung der Abkommen von Rio zu kämpfen.

Die Grünen sind davon überzeugt, daß in einer Welt wachsender gegenseitiger Abhängigkeiten neue Orientierungen und Prioritäten gefordert sind. Dies war sowohl Kern grüner Arbeit im Europäischen Parlament in den vergangenen zehn Jahren als auch grüner Parteien und deren RepräsentantInnen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Die Grünen konnten bereits viel erreichen, indem sie sich für eine umweltverträgliche Politik und bessere Gesetze einsetzten.

Die Grünen kämpfen weiterhin leidenschaftlich für eine demokratische Reform der EU-Institutionen und für das Recht eines jeden europäischen Staates, dessen Bevölkerung dies mehrheitlich wünscht, der EU beizutreten. Ziel der Grünen ist es, ein politisches Europa unter Mitwirkung des Bürgers und aller Gemeinden und Regionen, eingebettet in eine neue Integrationsstruktur, zu gestalten, bei der die Entscheidungen gleichermaßen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene getroffen werden.

Die Grünen treten für eine europäische Wirtschaftspolitik ein, die wirtschaftlichem Zentralismus, ökologischer Zerstörung und Verschwendung eine Absage erteilt und die auf ökologischen und sozialen Kriterien basiert; eine Politik, die die Probleme der südlichen Länder der EU mithilft zu lösen, um so zu vermeiden, daß diese Staaten ausgegrenzt und zu Randgebieten werden.

Die Grünen stehen für ein Europa, das kulturelle Vielfalt respektiert, einen Wert, den Grüne bewahren und ausweiten möchten, weil sie alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen achten und Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus ablehnen.

Die Grünen setzen sich für eine Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt ein mit dem Ziel, deren Ausbeutung und Marginalisierung ebenso wie eine Zerteilung unseres Planeten zu verhindern.

Am Vorabend eines neuen Jahrtausends gibt es für Europa nur eine Richtung sich zu entwickeln, nämlich hin zu dem Aufbau einer neuen Weltordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Zusammenarbeit, einer Weltordnung, die den Frieden schützen und Umweltschäden beseitigen kann, um zukünftigen Generationen einen Planeten zu übergeben, dessen natürliche Ressourcen intakt sind und auf dem Gerechtigkeit herrscht.

Für diese neue Vision von Europa setzen sich die Grünen Parteien der Europäischen Union ein. Die vorliegende gemeinsame Plattform ist eine Zusammenfassung all der Ideale, Ziele und Erfahrungen, die die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament in den vergangenen Legislaturperioden gesammelt hat, gedacht als Leitlinien für die

kommenden fünf Jahre. Damit steht sie in einer Reihe mit den Leitlinien der Paneuropäischen Föderation der Grünen Parteien, in der die Grünen Parteien der EU mit den Grünen aus ganz Europa zusammenarbeiten.

Die grüne Bewegung in Europa hat eine neue Stufe erreicht. In den letzten zehn Jahren sind viele Themen, die die Grünen aufgebracht hatten, in den Wortschatz der Bürger, Medien und politischen Parteien aufgenommen worden. Grüne können jetzt Entscheidungsprozesse in vielen Parlamenten der Mitgliedstaaten wie auch in vielen Regionalparlamenten und Gemeinderäten mitgestalten. Darüber hinaus wird eine stärkere grüne Präsenz im Europaparlament dazu beitragen, grünes Gedankengut in Europa weiterzuverbreiten und zu beeinflussen. Ein grünes Europa ist im Entstehen.

Kommentar

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde sofort zum allgemeinen Symbol des Sturzes der kommunistischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa. Er war allerdings nicht die Ouvertüre, sondern der Beginn des letzten Aktes eines Schauspiels, das mit den Reformen, die Gorbatschow seit 1985 als Generalsekretär des ZK der KPdSU in Gang gesetzt hatte, seinen Anfang genommen hatte. In der Sowjetunion, in Polen und Ungarn war der Wandel zu dem Zeitpunkt, als der erste der beiden hier abgedruckten Texte im März 1989 veröffentlicht wurde, schon weit fortgeschritten, während in der DDR die Dynamik der Bürgerbewegung erst seit der gefälschten Kommunalwahl im Mai 1989 sichtbar wurde. Im November 1988 hatten Gorbatschow und Mitterrand bei dessen Besuch in Moskau die Formel vom gemeinsamen europäischen Haus gefunden, eine Formel, die die Europäischen Grünen im März 1989 in der Präambel zur Wahlplattform aufnahmen. Die Überwindung der europäischen Spaltung in zwei Militärbündnisse gehörte zu den Ur-Anliegen der Grünen seit ihrer Gründung und war zentraler Bestandteil ihres Engagements in der Friedensbewegung, aber was das genauer heißen könnte, gewann erst jetzt Perspektive. Das Europa der Zwölf hatte mit Ausnahme von Irland, das neutral war, aus NATO-Staaten bestanden. Dass Spanien, ehe es der Europäischen Gemeinschaft beitrug, 1982 zuerst NATO-Mitglied wurde, hatte die Grünen regelrecht empört. Sie waren die Einzigen, die die Formel von der Zivilmacht Europa beim Wort nahmen. Vor der Europawahl 1989 schien sich dafür eine neue Chance anzubahnen. Die Grünen sahen die Chance, dass die EG-/NATO-Staaten zusammen mit den blockfreien Staaten im Westen (Österreich und die Schweiz, Schweden und Finnland) für eine die Ost-West-Spaltung überwindende Dynamik sorgen würden. Vor allem aber schien erstmals seit dem Beginn des Kalten Krieges die Möglichkeit einer realen blockübergreifenden Politik auf. Die Grünen forderten den Dialog mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, von Estland, das damals noch zur UdSSR gehörte, bis nach Jugoslawien. Die EG-Staaten, die neutralen von Österreich bis Finnland, die angrenzenden mittel- und osteuropäischen Staaten des sozialistischen Lagers, schließlich Russland, das erinnert in der Tat an die Architektur des europäischen Hauses à la Mitterrand. Natürlich bestanden ansonsten tiefgehende Unterschiede. Nach den Vorstellungen der europäischen Grünen sollten der Europarat und die KSZE eine entscheidende Rolle für die weitere Entwicklung spielen, während die Struktur des europäischen Hauses nach Mitterrand vor allem gewährleisten sollte, dass die innere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft ungestört voranschreiten konnte. Insofern war die Vision der Grünen entschieden stärker gesamteuropäisch. Andererseits standen die Grünen überall in

Europa in der Opposition. Die Grünen in den potenziellen Beitrittsstaaten lehnten den EG-Beitritt ausnahmslos ab, und die Europäischen Grünen als Dachverband konnten gar nicht anders, als die ablehnende Haltung der involvierten nationalen grünen Parteien zu unterstützen.

Fünf Jahre später war der Eiserne Vorhang tatsächlich gefallen, aber auch vom europäischen Haus war nicht viel übrig geblieben. Die Vision, mit Hilfe der KSZE über eine – nach dem Kalten Krieg – nunmehr blockfreie Sicherheitsarchitektur zu verfügen, war verfliegen. Die NATO als Militärallianz des Westens blieb dagegen im Spiel. Die möglichen Alternativen, auf die man gerade erst gebaut hatte, waren aktuell keine mehr. Die Grünen Parteien in Europa reflektierten also ihre gemeinsamen Werte, um für sie entschieden in der Europäischen Union, auch kritisch gegenüber ihren Defiziten, zu kämpfen: «Am Vorabend eines neuen Jahrtausends gibt es für Europa nur eine Richtung sich zu entwickeln, nämlich hin zu dem Aufbau einer neuen Weltordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Zusammenarbeit, einer Weltordnung, die den Frieden schützen und Umweltschäden beseitigen kann, um zukünftigen Generationen einen Planeten zu übergeben, dessen natürliche Ressourcen intakt sind und auf dem Gerechtigkeit herrscht. Für diese neue Vision von Europa setzen sich die Grünen Parteien der Europäischen Union ein.» Die Grünen waren überzeugt und selbstbewusst, dass sie auf allen Ebenen, von der europäischen über die nationale und regionale bis zur kommunalen Ebene damit Erfolg haben würden: «Ein grünes Europa ist im Entstehen.» Das ist ein Satz, der in den früheren Wahlplattformen, die vor allem die Gefahren durch ein Europa der Konzerne an die Wand malten, undenkbar gewesen wäre, ein Satz, der nach all den Jahren prinzipiell kosmopolitisch orientierter Europakritik eine entscheidende Wende in Richtung auf die Europäische Union und politische Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Ebene verkörperte. Dafür haben sich die europäischen Grünen ein Jahr vor der Europawahl, 1993, eine neue Organisation gegeben, die Europäische Föderation Grüner Parteien, mit Gremien, die mit genügend großen Mehrheiten tatsächlich entscheiden konnten, während die frühere Koordination nur einstimmig beschließen konnte.

Die Grünen waren von Anfang an entschieden kritisch gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, das gehörte gewissermaßen zum Markenkern der Regenbogenfraktion von 1984 bis 1989, aber bei aller Kritik an der Europäischen Gemeinschaft waren sie grundsätzlich nicht anti-europäisch. Sie waren nicht der Ansicht, dass europäische Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgegeben werden sollten, sozusagen aus Prinzip, auch wenn die Nationalstaaten gar nicht in der Lage waren, ihre Interessen auf sich allein gestellt wahrzunehmen. Der entscheidende Beweggrund für die Gründung der europäischen Gemeinschaften war jedoch gewesen, dass durch Europäisierung verhindert werden sollte, dass Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten wieder zu kriegesischen Konflikten werden könnten, zwischen Deutschland und Frankreich notabene. Dieses ursprüngliche Anliegen wurde in den 1990er Jahren hochaktuell, als die aufsteigenden Nationalismen im Kaukasus und in Jugoslawien reale Kriege zur Folge hatten. Nach 1990, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ging es darum, wie zu Anfang der 1950er Jahre zwischen Frankreich und

der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, durch gemeinschaftliche Interessenorganisation den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern. Konfliktpräventive Absichten haben einen wesentlichen Anteil an der Osterweiterung der Europäischen Union, die bereits 1994 unabweisbar auf der Agenda stand, auch wenn sie erst zehn Jahre später vollzogen wurde. Dieser Sicht der Dinge haben sich die Europäischen Grünen prinzipiell angeschlossen, auch wenn einzelne grüne Parteien oder die Brüsseler Fraktion immer wieder eine EU-kritische Haltung einnehmen. Die Europäischen Grünen können sich trotzdem als die Europapartei par excellence verstehen, seit der Wahlplattform von 1994 zu Recht.